

Gefährdungen und Gewissheiten

EHEC auf der Spur: Erreger und Erregte

Zum zweiten Mal binnen weniger Monate stand die Lebensmittelüberwachung in Niedersachsen bundes-, ja europaweit im Fokus. Diesmal ging es nicht um gefühlte, sondern um akute Gefahren für Gesundheit und Leben. Dem Erreger des EHEC auf die Spur zu kommen erwies sich als schwierige Herausforderung. Ein Zustand der Ungewissheit, den die deutsche Öffentlichkeit offenbar nur schwer ertragen kann. Daher waren alle froh, als erste Verdächtige präsentiert wurden, auch wenn sie bisher zu den unverzichtbaren Lieblingen der sich gesundheitsbewusst ernährenden Bevölkerung zählten.

Dann lenkte der Niedersächsische Landwirtschafts- und Ernährungsminister Gert Lindemann aufgrund starker Indizien den Tatverdacht in eine andere Richtung. Chaos. Etwas differenzierter: Behördenchaos. Dieses Wort beherrschte in den folgenden Tagen die Schlagzeilen. Noch schwerer als die völlige Ungewissheit sind jedenfalls für Teile der veröffentlichten Meinung offenbar nicht auszuschließende Alternativen zu ertragen. Und alsbald schien es wichtiger, den Schuldigen an diesen „unhaltbaren Zuständen“ auszumachen, als dem Erreger auf die Spur zu kommen. Ein üblicher Verdächtiger war schnell identifiziert: der Föderalismus.

Das Ergebnis ist bekannt. Nicht die verschiedenen Institute des Bundes, sondern die niedersächsischen Behörden befanden sich auf der richtigen Fährte. Nicht abstrakte Spekulationen, sondern mühsame, detektivische Kärnerarbeit vor Ort fügte das Puzzle zusammen. Die Mitarbeiter der Veterinär- und Lebensmittelämter Hand in Hand mit den Kolleginnen und Kollegen der Gesundheitsämter in den niedersächsischen Landkreisen und der Region Hannover haben die Proben, die Interviews mit den Erkrankten und die Fakten geliefert. Das LAVES und das Landesgesundheitsamt haben analysiert und bewertet. Das Ernährungs- und das Gesundheitsministerium in Hannover haben die Fäden zusammengespinnen. Bei aller Tragik des Geschehens, eines ist gewiss: Das Zusammenspiel hat funktioniert. Keine noch so starke „schnelle Eingreiftruppe“ aus Berlin oder sonst wo kann



*Dr. Hubert Meyer,
Geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Niedersächsischen Landkreistages*

dieses Engagement und die Kenntnisse vor Ort ersetzen.

Zukunft für den Zukunftsvertrag?

Im Editorial der „NLT-Information“ 2/2011 wurde mit deutlichen Worten die Sorge um den Zukunftsvertrag zwischen der Landesregierung und den kommunalen Spitzenverbänden artikuliert. Dies ist in Teilen der Landesregierung und im Niedersächsischen Landtag erfreulicher Weise auf Resonanz gestoßen. Es hat zahlreiche Gespräche auf unterschiedlichen Ebenen gegeben, die im derzeitigen Stadium im Einzelnen nicht dargestellt werden können. Zum Teil zeichnen sich Kompromisslinien ab, zum Teil fehlt es nach wie vor an Be-

wegung. Innenminister Uwe Schünemann hat in einem sehr konstruktiven Gespräch mit der Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände das anhaltende Interesse des Landes unterstrichen, die „Zugriffsfrist“ auf die Entschuldungshilfen bis in das Jahr 2013 zu verlängern. Erfolgversprechende Ansätze zur Aktivierung aller drei Komponenten des Zukunftsvertrages sind im Ansatz erkennbar. Ob es einvernehmlich dazu kommt, erscheint derzeit noch ungewiss. Es bedarf kurzfristig weiterer konkreter Ergebnisse.